Politik für unsere Generation

Ein Vorschlag von Freddy Striegler

Um die jungen Menschen in unserem Land zu erreichen, müssen wir Jusos unsere Inhalte auf den Prüfstand stellen. Nur wenn wir mit unseren Politikkonzepten auf der Höhe der Zeit sind, werden wir unsere Generation für die sozialdemokratische Idee begeistern können.

Es gibt vier entscheidende Themenfelder, auf denen wir überzeugen müssen.

Generationengerechtigkeit: Wir zahlen nicht für eure Schulden

Die Jusos brauchen ein klares Bekenntnis zu einer soliden Finanzpolitik. Jahrelang hat der Juso-Bundesverband Haushaltskonsolidierung abgelehnt und utopische durch Schulden finanzierte Investitionsprogramme gefordert. Auf dem Juso-Bundeskongress galt der Schlachtruf: „Schulden sind nur schlimm, wenn man sie zurückzahlen will.“ Heute erleben wir am Beispiel Griechenlands die Folgen einer solchen Politik. Verantwortliche Haushaltspolitik liegt im Interesse der jungen Generation. Das Motto der Jusos müsste richtigerweise lauten: „Wir zahlen nicht für eure Schulden“. Die Mehrheit der jungen Menschen und die Mehrheit der SPD-Anhänger in unserem Land erwarten, dass Sozialdemokraten vernünftig und verantwortlich mit dem Staatshaushalt umgehen. Die Beschlüsse und Forderungen der Jusos stehen diesem Verlangen entgegen. Wer die totale Überschuldung des eigenen Landes in Kauf nimmt, riskiert den Verlust aller Handlungsspielräume sozialdemokratischer Politik. Die Debatte zur Haushaltspolitik ist in den letzten Jahren von zwei Positionen bestimmt worden: Auf der einen Seite neoliberale Kräfte, die den Staat kaputtsparen wollen. Auf der anderen Seite alt-linke Kräfte (leider auch der Juso-Bundesverband) die unbezahlbare und nicht finanzierte Ausgabenprogramme vorschlagen. Beide Vorstellungen müssen zurückgewiesen werden: Sie finden keine Mehrheit in der Gesellschaft. Und sie führen beide zur Handlungsunfähigkeit des Staates.

Unsere Vision: Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat

Der deutsche Sozialstaat geht im Kern auf die konservativen Vorstellungen Bismarcks aus dem 19. Jahrhundert zurück. Er finanziert sich über Sozialversicherungsbeiträge und ist darauf ausgerichtet, die gesellschaftlichen Unterschiede zu zementieren. Bei der Rente bedeutet das: Wer hohe Beiträge einbezahlt, bekommt eine hohe Rente zurück. Das ist durch die Rechtssprechung des Verfassungsgerichts zementiert und kann auch nicht durch die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze geändert werden. Die Verlierer sind Menschen mit niedrigem Einkommen, Menschen mit längeren Zeiten von Arbeitslosigkeit und insbesondere Frauen. Gleichzeitig kommt dieses System durch die Alterung unserer Gesellschaft immer mehr unter Druck: Immer weniger ArbeitnehmerInnen müssen immer mehr RentnerInnen finanzieren, die Rentenversicherungsbeiträge steigen, die Absicherung im Alter für die junge Generation steht mehr denn je auf dem Spiel. Leider hält der Juso-Bundesverband bis heute am beitragsfinanzierten Bismarck-Rentensystem fest. Beteuerungsversuche nach dem Motto „jede Diskussion über das Rentensystem rüttelt am Solidarpakt der Generationen“ stoßen schon lange bei jungen ArbeitnehmerInnen nur noch

auf Kopfschütteln. Wie ein gerechter Umbau des Rentensystems aussehen kann, haben die Jusos Baden-Württemberg schon seit vielen Jahren skizziert. Wir müssen Umsteigen auf eine Finanzierung des Sozialstaats, und besonders der Rente, durch Steuern. Mit höheren Einkommenssteuern, Vermögenssteuern, Erbschaftssteuer und der richtigen Besteuerung von Kapitalerträgen ließe sich genug Geld umverteilen, um allen Menschen eine ordentliche Garantierente in Höhe von 1000 Euro/Monat zu finanzieren. Die skandinavischen Sozialdemokraten haben diesen Weg seit über einem halben Jahrhundert erfolgreich beschritten. Mit einem solchen Politikangebot können wir Umverteilung und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft organisieren, Altersarmut vermeiden und einen neuen Generationenvertrag schaffen.

Unsere Zukunftschance: Integration

Die SPD war immer Integrationspartei. Ihren sagenhaften Aufstieg im 19. und 20. Jahrhundert konnte sie nur schaffen, weil sie Menschen die Integration in unsere Gesellschaft erleichtert und sozialen Aufstieg ermöglicht hat. In Baden-Württemberg gibt es heute viele Städte, in denen weit über 50 Prozent der Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben. Wir müssen dieses Thema besetzen, diesen jungen Menschen Angebote machen, wenn wir eine strukturelle Mehrheit in der jungen Generation erreichen wollen. In Baden-Württemberg tun wir das. Wir haben die erste Integrationsministerin Deutschlands, wir haben Projektgruppen zur Integration bei den Jusos und viele unserer jungen Kreisvorsitzenden sind junge erfolgreiche Menschen mit Migrationshintergrund. Diese jungen Jusos machen mich stolz. Wir brauchen endlich auch im Juso-Bundesverband ein klares Signal für die Integration. Nicht in Resolutionen und Anträgen. Sondern ganz real in unserem eigenen Verband.

Politik für die junge Generation, das bedeutet Integrationspolitik. Dieser Bereich ist kein Sahnehäubchen, auf diesem Feld entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit der Jusos und auch der SPD.

Visionen statt Systemwechsel

Die junge Generation in unserem Land möchte eine solidarische Gesellschaft. Die jungen Menschen möchten eine soziale Marktwirtschaft, bei der das Wort „sozial“ nicht nur eine Worthülse bleibt. Was sie nicht möchten, ist ein Systemwechsel. Mit erhobener Faust, roten Fahnen und Informationsfahrten ins kommunistische China werden wir die jungen Menschen nicht für unsere Idee begeistern.

Und ja, im „Hamburger Programm“ der SPD ist vom „demokratischen Sozialismus“ die Rede. Aber was meinen wir damit? Bestimmt keinen Systemwechsel. Der Juso-Bundesverband hat allzu oft den „demokratischen Sozialismus“ mit dem historisch gescheiterten Staatssozialismus verwechselt. „Demokratischer Sozialismus“ bedeutet für mich: Teilhabe am Haben und am Sagen aller. Er steht für das Primat der Politik vor den Märkten. Er steht dafür, dass der Staat in marktwirtschaftliche Prozesse eingreifen muss, um Ungerechtigkeit zu lindern und allen Menschen sozialen Aufstieg zu ermöglichen.